

Position

11. Europatag der Bundeszahnärztekammer
Europapolitisches Symposium in Kooperation mit dem
Bundesverband der Freien Berufe
„Die Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission –
Auswirkungen auf die Freien (Heil-)Berufe“

Berlin, 1. Juni 2016

Fazit der Veranstaltung
Dr. Peter Engel,
Präsident der Bundeszahnärztekammer

Sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen am Ende **zweier spannender Diskussionsrunden**, in denen wir uns vor dem Hintergrund der **Binnenmarktstrategie** der Frage gestellt haben, welche Auswirkungen diese Strategie auf die Freien Berufe hat.

Das **erste Panel** widmete sich den **unternehmensbezogenen Dienstleistungen**, während das **zweite Panel** die **Heilberufe** in den Mittelpunkt gerückt hat.

Lassen Sie mich vorab **allen Rednern** und **Teilnehmern** sehr danken!
Insbesondere denjenigen, die den Weg von Brüssel aus angetreten haben.
Besonderer Dank an den **Moderator Hendrik Kafsack**.

Die Diskussionen haben gezeigt:

Derzeit findet auf **europäischer Ebene** eine **richtungweisende Diskussion** über **Zukunft** der Freien Berufe statt.

- Das ist nicht nur die **Binnenmarktstrategie**.
- Es sind mehrere **parallele Entwicklungen**, die ineinandergreifen :
 - Der **Transparenzprozess** auf Grundlage von Artikel 59 der überarbeiteten Berufsankennungsrichtlinie.
 - Die **länderspezifischen Empfehlungen** im Rahmen des „Europäischen Semesters“ – diese sehen für Deutschland zum sechsten Mal in Folge Abbau von Regulierung im Dienstleistungssektor vor.
 - Das im Juni vergangenen Jahres eingeleitete **Vertragsverletzungsverfahren** gegen die Gebührenordnungen von Architekten, Ingenieuren und Steuerberatern in Deutschland.
 - Flankiert wird dies durch die aktuellen **Empfehlungen der OECD** für Deutschland.
- Alle Initiativen haben ein gemeinsames Ziel: **Mehr Wirtschaftswachstum** durch Abbau „ungerechtfertigter Regulierung“

Problem: **Es findet eine rein ökonomische Betrachtung statt!**

Berufsrechtliche Regulierung und die Selbstverwaltung der Freien Berufe werden unter einen **wachstumspolitischen Generalverdacht** gestellt.

Regulierung ist in diesem Verständnis der „**Sündenfall des Markteingriffs**“.

Eine rein ökonomisierte Betrachtung von berufsrechtlicher Regulierung **greift jedoch zu kurz!**

Andere Parameter, die Regulierung notwendig machen, wie etwa der Schutz von **Patienten** oder **Verbrauchern** dürften nicht verdrängt werden.

Ein Abbau berufsrechtlicher Regulierung wird **massive Auswirkungen** auf die **Qualität freiberuflicher Leistungen** haben.

Am Ende zahlen Patienten, Verbraucher und Klienten die Zeche.

Unsere **Forderung an die Politik** lautet:

Tragen Sie nur Reformen mit, die die Interessen der Patienten und Verbraucher nicht aus den Augen verlieren.

Gewachsene Systeme kann man leicht zerschlagen, um kurzfristige Effekte zu erzielen. Die Folgen davon jedoch können eine Gesellschaft **viel teurer** kommen.

Vergessen wir nicht: Die Freien Berufe sind ein Erfolgsmodell. Sie sind und waren auch in Krisenzeiten ein Wirtschaftsmotor.

Vielen Dank für Ihr Kommen!